

Antrag Nr. 20-F-08-0040

L&P

Betreff:

Corona, die Schulen und die Verantwortung der Stadt als Schulträger
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 09.06.2020-

Antragstext:

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie mussten auch in Schulen sehr einschneidende Maßnahmen ergriffen werden, die die Beteiligten (die Schüler*innen und ihre Eltern, die Lehrer*innen, und alle an den Schulen Tätigen sowie die städtische Schulverwaltung) vor beispiellose Herausforderungen stellten. Als für die äußere Schulverwaltung zuständige Institution hatte und hat die Stadt hierbei besondere Aufgaben.

Es ist absehbar bzw. wird auch von den Expert*innen davon ausgegangen, dass - zumindest auch für das Schuljahr 2020/21 - Schule nur unter ganz besonderen Bedingungen stattfinden können.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

welche besonderen Maßnahmen seitens der Stadt notwendig waren und noch sind, um Unterricht und den gewünschten Schulalltag möglichst weitgehend zu ermöglichen.

Dabei soll selbstverständlich ganz besonders auf die hygienischen Bedingungen (Sanitäreinrichtungen; Zugang zu Wasser, Seife und Desinfektionsmittel; räumliche Situation, insbesondere die Möglichkeiten der erforderlichen Belüftung und Klimatisierung; Heizungssituation im Hinblick auf die kalte Jahreszeit) eingegangen werden.

Die Notwendigkeit der Ausstattung der Schulen und Lehrkräfte mit digitaler Technik sowie der Schüler*innen mit digitalen Endgeräten ist schlagartig deutlich geworden. Auch hierbei ist die Stadt neben dem Land Hessen (mit der verfassungsmäßig garantierten Lernmittelfreiheit) in der Pflicht. Es ist leicht nachvollziehbar, dass dadurch auch der Bedarf an IT-Support steigt. Auch zu diesem Aufgabenbereich möge konkret berichtet werden sowie der Bedarf an finanziellen Mitteln und Personal aufgezeigt werden.